



Presseschau vom 28.12.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Abends / nachts:

de.sputniknews.com: Fußball-WM 2018 in Russland: Cheforganisator Mutko tritt zurück
Der russische Vizepremier und Sportminister Witali Mutko hat am Mittwoch überraschend den Rücktritt von seiner Position als Cheforganisator der Fußballweltmeisterschaft 2018 in Russland erklärt.

Konkrete Gründe für seine Entscheidung hat Mutko nicht genannt, allerdings wird ein Zusammenhang mit den andauernden Doping-Vorwürfen gegen Russland und den Vizepremier persönlich vermutet.

Das Internationale Olympische Komitee (IOC) hatte den russischen Sportminister zuvor lebenslang für Olympia gesperrt. Als Grund wurde seine Verantwortung für das angebliche systematische staatsgeförderte Doping im russischen Sport genannt. Moskau weist diese Anschuldigungen konsequent zurück.

Möglicherweise ist Mutko auch zurückgetreten, um einen Reputationsschaden für die kommende Fußballweltmeisterschaft abzuwenden.

Sein Amt soll zunächst der bisherige Geschäftsführer des Organisationskomitees, Alexej Sorokin, übernehmen.

„Es gibt noch viel Arbeit. Aber ich bin absolut überzeugt, dass alles pünktlich fertig sein wird“, kommentierte Mutko den Personalwechsel.

Er selbst werde sich nun mehr auf die „Arbeit in der Regierung“ konzentrieren.

Bereits am Montag hatte der Politiker auch die Leitung des russischen Fußballverbandes für bis zu sechs Monate niedergelegt. Nach seinen eigenen Angaben will er die Zeit auch dazu

nutzen, sich vor dem Internationalen Sportgerichtshof CAS in Lausanne gegen die Olympia-Sperre zu wehren.

Die Fußball-Weltmeisterschaft findet von 14. Juni bis 15. Juli 2018 in elf russischen Städten statt. Neben Moskau sind das Kaliningrad, Sankt Petersburg, Wolgograd, Kasan, Nischni Nowgorod, Samara, Saransk, Rostow am Don, Sotschi und Jekaterinburg.

Das erste WM-Spiel der deutschen Nationalauswahl wird am 17. Juni im Moskauer Luschniki-Stadion gegen Mexiko stattfinden. Fünf Tage davor soll das DFB-Team in Moskau eintreffen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31887/25/318872510.jpg>

de.sputniknews.com: **Tillerson will wieder russische Beobachter im Donbass**

US-Außenminister Rex Tillerson hat in einem Telefongespräch seinen russischen Amtskollegen Sergej Lawrow gebeten, dass russische Beobachter ins gemeinsame Zentrum für Kontrolle und Koordinierung der Waffenruhe im Donbass zurückkehren, wie die Sprecherin des US-Außenministeriums, Heather Nauert, sagte.

„Die USA betonen ihre Sorgen um die ansteigende Gewalt in der Ostukraine. Deshalb bat der Minister Russland, seine Vertreter ins gemeinsame Zentrum für Kontrolle und Koordinierung der Waffenruhe zurückzubringen und das Niveau der Gewalt zu senken“, hieß es in der Mitteilung.

Zuvor hatte Russland bekannt gegeben, die Aktivitäten im Rahmen des Zentrums für Kontrolle und Koordinierung beendet zu haben: „Am 19. Dezember werden die dem Zentrum angehörenden russischen Offiziere das Territorium der Ukraine verlassen.“ Kiew habe demnach die weitere Arbeit der russischen Offiziere in dem ukrainisch-russischen gemeinsamen Zentrum für Kontrolle und Koordinierung der Waffenruhe im Donbass unmöglich gemacht.

Das gemeinsame ukrainisch-russische Zentrum für Kontrolle und Koordinierung der Waffenruhe hatte seine Arbeit in der Ostukraine im September 2014 aufgenommen. Das Zentrum wurde auf Bitte der russischen Seite geschaffen und sollte bei der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen helfen.

In dem Zentrum waren bis zum 19. Dezember Vertreter der ukrainischen und der russischen Streitkräfte tätig. In der Anfangsetappe waren auch Vertreter der selbsterklärten Volksrepubliken an den Aktivitäten des Zentrums beteiligt. Die russische Seite war mit 75 Offizieren vertreten, die alle drei Monate abgelöst wurden.

av-zakharchenko.su/Dnr-online.ru/dan-news.info:

Fernsehsendung „Offenes Gespräch“ mit dem Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko (Auszüge)

Alexandr Wladimirowitsch, beginnen wir mit dem aktuellsten Thema der letzten Zeit, dem Gefangenenaustausch. Erzählen Sie, wie alles verlief und entspricht es dem, was wir von der ukrainischen Seite fordern?

Bisher ist nichts beendet, es hat noch gar nicht begonnen. Die Situation, die auf dem Territorium des KPP Majorsk entstanden ist, ist einmalig. Derzeit befinden sich dort 3000 friedliche Bürger. Die Ukraine lässt sie seit dem Morgen in die graue Zone, aber wir haben gemäß der Vereinbarungen den KPP heute geschlossen. Deshalb ist es nicht möglich, den Austausch so durchzuführen, wie wir es gestern geplant haben, das geht nicht mehr, weil die Menschen, die dort stehen, die gesamte Straße sperren, auf die Seitenstreifen gegangen sind. Heute ist bekannt, dass die Zahl der Menschen, die uns übergeben wurden, nicht den Listen entspricht. Aber wir haben entschieden, den Austausch nicht zu stoppen. Wir hoffen, dass dies die erste Etappe ist, und die Menschen, die heute nicht gebracht wurden, uns trotzdem übergeben werden. ...

Wie viele unserer Leute sind noch in ukrainischer Gefangenschaft und gibt es die Chance, dass, wenn nicht in diesem Jahr, so doch im nächsten ein Austausch alle gegen alle stattfindet?

Nach unseren Listen waren es insgesamt mehr als 700 Menschen, d.h. es bleiben etwa 400. Aber die Ukraine erkennt diese Listen nicht an, sie bezieht sich darauf, dass sie diese Menschen nicht festgenommen und in Gefangenschaft genommen hat. Aber ich denke, dass unter der Patenschaft des Patriarchen von Moskau und ganz Russland Kirill und bei Beteiligung des Präsidenten der RF wir erreichen können, dass unsere Gefangenen nach der Formel „alle gegen alle“ freigelassen werden, wie das die Minsker Vereinbarungen vorschreiben...

Eine Frage an den Vorsitzenden der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“. In diesem Monat ist in den Städten und Bezirken der DVR ,außer dass Ihre gesellschaftlichen Sprechstunden eröffnet wurden, auch der Start für ein neues Projekt „Vom Wort zur Tat“ gegen worden. Berichten Sie bitte genau über dieses Projekt, welche Ziel verfolgt es, wie wird es realisiert und wie wird es mit den gesellschaftlichen Sprechstunden verbunden sein.

Als die gesellschaftliche Bewegung gerade organisiert wurde, war die erste Aufgabe, unser Volk zur Teilnahme an dieser Bewegung heranzuziehen. Diese Etappe ist bereits gewesen. Es gibt ein Verständnis, dass eine große Zahl nicht Qualität bedeutet und das Wort nicht die Tat, es wurde die Aufgabe gestellt, DR möglichst nah an das Volk zu bringen. Um das zu tun, wurden gesellschaftliche Sprechstunden eingerichtet. Ihr Arbeitsformat ist so, dass jeder Mensch kommen kann und die Beratung erhalten kann, die er will, Unterstützung beantragen kann, Erklärungen verlangen, in die gesellschaftliche Bewegung eintreten, erfahren, was diese will, was wir propagieren, mit welchen Ideen wir leben. Das ist eine maximale Nähe zu den Menschen. Genauso wichtig ist die Erfüllung aller Versprechungen: gesagt – getan, gehört – geholfen. Die Sprechstunden müssen auch umgekehrt funktionieren: sie müssen den Staatsorganen die reale Lage vor Ort nahe bringen. Wenn wir die Arbeit von DR verbessern, verbessern wir den Staat selbst.

Eine Frage bezüglich der Zukunft der DVR: kann eine solche Entwicklung der Ereignisse einen Platz haben, dass die DVR als Republik in den Verband der Ukraine eintritt unter Berücksichtigung, dass die Regierung und die Politik dieses Landes sich bei den Wahlen 2019 ändert?

Im Jahr 2014 hat das Volk praktisch einstimmig für die Unabhängigkeit von der Ukraine gestimmt. Ich erinnere daran, dass in diesem Jahr, noch vor dem Referendum, als Janukowitsch im Präsidentensessel saß, viele verstanden, dass ein schreckliches Elend

geschieht, das im Ergebnis auch eingetreten ist, und versucht haben eine Föderalisierung der Ukraine usw. durchzuführen. Aber nichts derartiges ist geschehen.

April: es waren noch nicht die Kämpfe um den Donezker Flughafen, aber es war schon Slawjansk. Damals hat gerade Donezk erklärt, dass in Kiew ein Staatsstreich und eine bewaffnete Machtergreifung auf ungesetzlichem Weg erfolgt ist. Und die weiteren Ereignisse kennen Sie selbst. 26. Mai – eine friedliche Stadt und einer heftiger Beschuss des Flughafens... Viele, die sich daran erinnern und es gesehen haben, haben es mit bestimmten Ereignissen im Großen Vaterländischen Krieg verglichen. Als um 4 Uhr morgen Kiew bombardiert wurde, Minsk bombardiert wurde und uns erklärt wurde, dass der Krieg begonnen hat...

Wissen Sie, alle Handlungen der Ukraine seit 2014 haben uns in keiner Weise den Wunsch nähergebracht, in ihren Verband zurückzukehren.

Übrigens, ich erinnere an einen ökonomischen Aspekt: unser ganzes Leben lang wurde uns erzählt, dass der Donbass eine Subventionsregion ist. Es sind verschiedene Summe genannt worden: von 12 bis 18 Milliarden Griwna. Und was ist heute? Wir zünden gemeinsam bereits zum vierten Mal Lichter an der Neujahrstanne der Republik an, im vierten Jahr leben wir ohne Subventionen, und die Kohleindustrie bei uns erweist sich als eine Branche, die das Budget des Haushalts auffüllt.

Weiter – man hat uns eine Blockade erklärt und gesagt, dass wir alle wegen Mangel an Lebensmitteln, Medikamenten und Brennstoff sterben werden. Aber wir konnten überleben. Man hat aufgehört, uns soziale Garantien zu zahlen und gesagt, dass der Donbass ohne die Unterstützung des ukrainischen Staats nicht mehr lange durchhält. Wir konnten eine Lösung finden: Löhne und Renten werden unseren Bürger gezahlt.

Der Staat, den man mit allen Mitteln versucht zu vernichten, den man mit Stacheldraht umzäunt, auf ihn mit Panzern, Luftwaffe, regulären Armeeabteilungen losgeht, um die Menschen zu vernichten, die die Kiewer Regierung nicht anerkannt haben, der soll zurückkehren wollen? Nein!

Der Abgrund, der zwischen uns ist, ist mit unserem Blut gefüllt. Ich sage dabei ehrlich, nicht nur mit unserem, sondern zu einem großen Teil mit dem Blut der Ukraine, weil für jeden unserer an der Front getöteten Soldaten die Ukraine bis jetzt mit zehn der ihrigen zahlt. Und diese Statistik ändert sich seit 2014 nicht. Es ist ein allgemeiner gegenseitiger Abgrund. Welche Bedingungen wir für ein gemeinsames Zusammenleben als Nachbarn vereinbaren werden – das ist schon eine zweite Frage. Wir mussten unsere Unabhängigkeit erkämpfen und wir haben sie erkämpft. Nur unabhängige Menschen können über ihre Freiheit verfügen. Und mit wem wir zusammen leben wollen und welche Wahl wir treffen, das wird unser Volk mit einem allgemeinen Referendum entscheiden. Aber ich als Staatsoberhaupt werde niemals die Frage über einen Anschluss an die Ukraine stellen. Unter keinen wie auch immer gearteten Bedingungen. Das einzige, was sein kann ist, dass nicht wir uns der Ukraine anschließen, sondern die Ukraine uns.

Frage zur Aktivität des Westens und dessen Verbündeten in der NATO

Die USA haben über Kanada ein sogenanntes „Fensterchen“ geöffnet, durch das sie tödliche Waffen an die Ukraine liefern, so bringen die USA die Ukraine zum Beginn eines breit angelegten Kriegs. Die Waffen, die sie liefern, sind keine Verteidigungswaffen – es sind Angriffswaffen zur Vernichtung der Panzertechnik des Gegners im Verlauf von Kämpfen und eines Angriffs. Welche Schlüsse kann man ziehen? Es bedeutet, dass die Kiewer Regierung Waffen für einen Angriff kauft.

Natürlich wollen die USA Krieg. Die Ukraine kann dem nicht entgehen. Aber ich kann versichern: unseren Geist kann man nicht zerschlagen. Unsere Streitkräfte sind technisch gut ausgerüstet, aber das wichtigste ist – wir kämpfen schon das vierte Jahr für unser Land, wir haben gut ausgebildete Offizierskader und Menschen, die Wissen, wofür sie kämpfen.

Zur wirtschaftlichen Entwicklung

Die Landwirtschaft wird einen großen Entwicklungsimpuls erhalten. Derzeit sind eine Reihe von Kreditprogrammen erarbeitet, darunter auch für landwirtschaftliche Produzenten. Es gibt bestimmte Vereinbarungen mit der Zentralbank und anderen Finanzinstitutionen. Im nächsten Jahr wird die Steuerpolitik in Bezug auf den landwirtschaftlichen Bereich verändert werden.

Außerdem wurden Unternehmen gebildet, die die Landwirte mit Geräten versorgen. Eine Hauptaufgabe besteht darin, den Maschinenbaubetrieb zu erhalten.

Dank der Einführung der äußeren Leitung konnten wir die Unternehmen erhalten – ihre Basis, ihr Potential, die Kader. Aber die derzeitige Situation in unserer Industrie gefällt mir, offen gesagt, nicht. Wegen der Kämpfe im Jahr 2014 haben wir viel verloren. Aber es ist uns gelungen, das personelle und wissenschaftliche Potential zu sammeln, das sich als fähig erwiesen hat, alles neu in Betrieb zu nehmen. Wir müssen auch finanzielle Mittel für die Entwicklung der Industrie finden. Auch aus politischen Gründen gefällt mir die Situation in der Industrie nicht. Wir können sehr viele Waren produzieren. Wir können auch für jede von ihnen einen Käufer finden, aber wir können sie wegen der fehlenden Anerkennung unserer Republik nicht verkaufen. Dies ist ein ganzer Komplex von Problemen, der auch Zertifikate entsprechend internationalen Standards betrifft und andere Dokumente, die mit der Produktion zusammen hängen. Es gibt eine Reihe von Fragen bezüglich Krediten und dem Zustand der Produktion.

Wenn man den Zustand unserer derzeitigen Produktion in einem 5-Noten-System bewertet, so ist es eine 4 (die zweitbeste Note -Anm. d. Übers.). Wir haben die Situation selbst stabilisiert. Jetzt denken wir über die in Betrieb befindlichen Unternehmen nach und die Unternehmen, die noch in Betrieb genommen werden, über die Aneignung neuer Märkte im fernen und näheren Ausland, auf die wir noch nicht gelangt sind. Wir haben einzigartige Arbeiten, Produkte, die wir selbst nach Amerika verkaufen können, Vorschläge, die in der ganzen Welt nachgefragt sein werden. Wir wollen, dass die ganze Welt von unseren Produkten und Waren weiß.

Für einen großen Sieg halte ich die Inbetriebnahme der Jusowskij-Metallfabrik, das ist ein tatsächlich bedeutsames Ereignis. Ich denke, dass sich danach die Meinung der Weltgemeinschaft über uns geändert hat, denn Terroristen bauen keine Fabriken wieder auf. Eine der vorrangigen Aufgaben im Jahr 2017 war die Gewährleistung der Lebensmittelsicherheit. Um die Menschen mit Brot zu versorgen, musste in der ersten Etappe der Export von Lebensmittelgetreide verboten werden. Außerdem war es notwendig zu klären, wie viel Land sich bei uns in der Schattenwirtschaft befindet. Wir haben etwa 88.000 Hektar gefunden. Und das sind bei weitem nicht alle erfüllten Aufgaben. Aber das wichtige ist, dass die Republik jetzt vollständig mit Getreide versorgt ist.

Im Jahr 2018 wird die Republik beginnen, Lebensmittelgetreide zu exportieren. Auch das Programm zur Entwicklung der Treibhauswirtschaft wird fortgeführt. Im Industriebereich ist die Inbetriebnahme der Fabrik „Stirol“ geplant.

Wir können inzwischen nicht mehr nur über einen Haushalt zum Überleben nachdenken, sondern über einen Haushalt zur Entwicklung. Und das Jahr 2018 wird ein Durchbruch.

Sozialpolitik

Wir haben mit dem Bürgermeister von Makejewka vor, die Perspektiven einer Vergrößerung der Zahl der Kindergärten erörtert. Ich denke, wir werden 12-14 neue Einrichtungen eröffnen. Dazu werden wir entweder bereits bestehende Einrichtungen wiederaufbauen oder andere Räume, die geeignet sind, nutzen.

Im Jahr 2018 wird sich das Programm zur Eröffnung neuer Kindergärten auf die gesamte DVR erstrecken.

Eine grundlegende Aufgabe, die vor den Leitern der Städte und Bezirke steht, ist das Umschreiben von Gebäuden, die als Wohnraum genutzt werden können. Es gibt Programme zum Wiederaufbau von Wohnraum und zur Schaffung neuen Wohnraums, 70% der

Baumaterialien zum Wiederaufbau kommen aus der RF.

Im Jahr 2018 werden wir massenhaft Einwohner aus den frontnahen Territorien mit Wohnraum versorgen. Wohnungen erhalten auch die, die auf den Wartelisten stehen. Aber Wohnraum wird derzeit in den frontnahen Zonen nicht wiederaufgebaut werden.

Außerdem gibt es Programme zur Versorgung der frontnahen Territorien mit Transportmitteln und medizinischen Punkten.

Im Jahr 2018 planen wir eine Erhöhung der Renten. Die erste wird im Januar 2018 sein, die zweite im dritten Quartal.

Vormittags:

Ukrinform.ua: Poroschenko bedankt sich bei Merkel und Macron für Hilfe bei Befreiung der Gefangenen

Der ukrainische Staatspräsident Petro Poroschenko hat sich auf seiner Facebook-Seite bei der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron für die Hilfe bei der Befreiung der Geiseln bedankt.

„Ich grüße unsere Jungs auf dem Heimatboden! Ich danke allen, die Anstrengungen unternommen haben, um die ukrainischen Geiseln zu befreien, insbesondere unseren internationalen Partnern - Angela Merkel und Emmanuel Macron“, schrieb das ukrainische Staatsoberhaupt.

de.sputniknews.com: Putin ohne Pläne für Olympische Winterspiele

Der russische Präsident Wladimir Putin beabsichtigt laut dem Kreml-Sprecher Dmitri Peskow momentan nicht, die Olympischen Winterspiele im südkoreanischen Pyeongchang im Februar zu besuchen.

„Solche Pläne sind momentan nicht vorhanden“, sagte Peskow am Donnerstag auf die Frage, ob ein Besuch der Winterspiele im Zeitplan Putins vorgesehen sei.

Peskow hat ebenso daran erinnert, dass Putin die Olympischen Sommerspiele 2016 in Brazil wegen des Ausschlusses vieler russischer Sportler boykottiert hatte.

Nach massiven Dopingvorwürfen hatte das Internationale Olympische Komitee (IOC) am 5. Dezember beschlossen, die russische Nationalmannschaft von den Olympischen Winterspielen im Februar 2018 in Südkorea auszuschließen. Saubere russische Athleten dürfen zwar in Pyeongchang an den Start gehen, aber nur unter neutraler Flagge.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31840/47/318404741.jpg>

armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **einmal** das Regime der Feueinstellung verletzt. **Dolomitnoje** wurde mit automatischen Granatwerfern und Schusswaffen beschossen. Informationen über Opfer und Zerstörungen werden noch ermittelt.

Ukrinform.ua: Polnischer Export in die Ukraine um 32 % gewachsen
Der polnische Export in die Ukraine sei in den ersten drei Quartalen dieses Jahres um 32 % gestiegen und habe 13,4 Milliarden Zloty (mehr als 3,8 Milliarden Dollar) erreicht, gab die polnische Internetzeitung Dziennik Gazeta Prawna unter Bezugnahme auf die Daten des Haupt-Statistikamtes (GUS) Polens bekannt.

„Nach Angaben von GUS haben polnische Unternehmer in den ersten drei Quartalen dieses Jahres in der Ukraine Waren im Wert von 13,4 Milliarden Zloty verkauft. Das ist um fast 32 % mehr als im vergangenen Jahr“, betont die Ausgabe.

Wie die Zeitung weiter feststellt, sei somit der Rekord von 2013 gebrochen worden, als die polnischen Ausfuhren in die Ukraine bei 13,3 Milliarden Zloty lagen.

de.sputniknews.com: Ukraine ist Land des Jahres – russischer Senator
Der russische Senator Alexej Puschkow hat eine Bilanz der Erfolge der Ukraine im Jahr 2017 gezogen. Diese sind jedoch nicht wirklich positiv.

Eines der größten Erfolge des Landes, so Puschkow auf Twitter, sei die von Kiew initiierte Blockade des Donbass. Dieser Schritt habe der Ukraine einen Prozent ihres BIP oder 1,8 Milliarden US-Dollar gekostet. In diesem Zusammenhang bezeichnete der Politiker die Ukraine als „Land des Jahres im Sich-Selbst-Schaden“.

Zuvor teilte der ukrainische Premierminister Wladimir Groisman mit, Kiew habe wegen der Donbass-Blockade einen Prozent seines BIP verloren. Dabei betonte der Regierungschef, das Land müsse die Förderung eigener Energieressourcen erhöhen und diese ins Ausland exportieren.

Im Januar dieses Jahres hatten die Radikalen die Ausfuhr jeglicher Waren aus den selbsterklärten Republiken Donezk und Lugansk gesperrt, darunter auch die der Kohle. Dies führte zum Energiedefizit in der Ukraine. Die Republiken begannen indes, ihre Kohle in

Drittländer zu exportieren.

Anschließend führte Kiew eine vollständige Güterblockade gegen den Donbass ein. Diese Maßnahme soll solange gelten, bis die Donezker und Lugansker Unternehmen unter die Kontrolle der Ukraine zurückgekehrt sind.

Rusvesna.su: Poroschenko erklärte, gegen wen er die gefangenen Russen austauschen will und warum sie von der Liste gestrichen worden sind

Der Präsident der Ukraine erklärte, warum unter denen, die man der LVR und DVR übergeben hatte, so viele Ukrainer sind. Dies sagte er den ukrainischen Medien in Borispol, nachdem das Flugzeug mit den befreiten Kriegsgefangenen gelandet war.

Seinen Worten nach habe man die Russen, die in ukrainischen Gefängnissen sitzen, gezielt nicht mit ausgetauscht – sie werden nur gegen solche Ukrainer ausgetauscht, die sich in russischen Gefängnissen befinden.

„Es werden größte Anstrengungen unternommen, um unsere Bürger aus den russischen Gefängnissen und von der okkupierten Krim zu holen – und deshalb haben wir heute nicht einen Russen hergegeben. Und mehr als 15 Bürger Russlands, die in unseren Gefängnissen bleiben, sollen der Rückkehr von Suschtschenko, Senzow, Koljtschenko, KlychKarpjuk und anderer dienen“, sagte Poroschenko.

Wie Rusvesna berichtete, wurden die Russen im letzten Moment von den Austauschlisten gestrichen.

Ukrinform.ua: Poroschenko ordnet an, Verhandlungen mit Russland über Befreiung politischer Gefangenen wiederaufzunehmen

Der ukrainische Staatspräsident Petro Poroschenko hat bei der heutigen Eröffnung der neuen Abteilung der medizinischen Nothilfe im Gebiet Odessa, wo er sich zu einem Arbeitsbesuch aufhält, erklärt, er habe angewiesen, die Verhandlungen mit Russland über die Befreiung der ukrainischen politischen Gefangenen aus russischen Gefängnissen sowie der Geiseln, die in den besetzten Gebieten sind, wiederaufzunehmen, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

„Ich habe angeordnet, die Verhandlungen mit der Russischen Föderation über die Befreiung jener sofort wiederaufzunehmen, die in Russland sind, und die Rückkehr derjenigen, die in den besetzten Gebieten als Geisel gehalten werden“, sagte Poroschenko.

Er erinnerte daran, dass in den russischen Gefängnissen jetzt viele widerrechtlich verhaftete Ukrainer sind, und rief Russland auf, aus der Ukraine seine Staatsbürger zu holen und unsere zurück zu geben.

„Gebt uns unseren Senzow, den weltberühmten Filmregisseur, unseren Journalisten Suschtschenko, der in Paris arbeitete und in Moskau verhaftet wurde, unseren Kolttschenko und viele andere, die jetzt unschuldig in den Gefängnissen der Russischen Föderation nur dafür sitzen, weil sie einen ukrainischen Pass haben und sich weigern, ihn abzugeben, und stolz darauf sind, dass sie Ukrainer sind“, hob das ukrainische Staatsoberhaupt hervor.

Er versicherte, die Ukraine werde ihre Staatsbürger, die in der russischen Gefangenschaft sind, weder verraten noch vergessen.

Dnr-online.ru: In der DVR ist eine weitere humanitäre Lieferung aus der RF eingetroffen, die für den Wiederaufbau einer nachhaltigen Funktion des Energiesystems der DVR nach den Beschüssen durch die ukrainischen Streitkräfte und für den Bau neuer Energieobjekte vorgesehen ist. Dieses Mal wurden 18 Tonnen Transformatorenöl und 3200 Isolatoren geliefert. Dies teilte der Pressedienst des Kohle- und Energieministeriums der DVR mit. „In der ersten Hälfte des Jahres 2017 wurde das Programm der zweiten Etappe des Wiederaufbaus von Objekten der Stromversorgung abgeschlossen, die in der Folge der Kämpfe beschädigt waren. Bei seiner Realisierung gelang es uns, einen Teil der Mittel

einzusparen, sie gingen direkt in die Lieferung von zusätzlicher Ausrüstung und Material, d.h. das Programm der zweiten Wiederaufbauetappe „Plus“. Dieses hat in der Republik im September dieses Jahres begonnen“, sagte der Direktor der Abteilung für Elektroenergie des Ministeriums Pawel Popowitsch.

Das Öl wird für die Transformatorausrüstung verwendet und die Isolatoren sind für den Bau der neuen Hochspannungsleitung „Makejewskaja – Gorlowka“ vorgesehen, die es erlauben wird, die Zuverlässigkeit der Stromversorgung von Gorlowka und nahe gelegener Ortschaften zu erhöhen. Die Inbetriebnahme ist schon für das zweite Quartal 2018 geplant.

„Dies ist nicht die letzte humanitäre Lieferung aus der RF im Rahmen der Realisierung der zweiten Wiederaufbauetappe „Plus“. Sie sieht vor allem die Lieferung der gesamten Ausrüstung für den Bau der Hochspannungsleitung „Makejewskaja – Gorlowka“ vor, den Wiederaufbau von Zellen der Unterstation „Makejewskaja“, von der aus die neue Leitung versorgt wird, die grundsätzliche Überholung des Transformators der Unterstation „Kondratjewka“, der während der Kämpfe beschädigt wurde“, fügte Pawel Popowitsch hinzu. Die nächste Ladung aus der RF für die Energetiker der Republik ist schon für Anfang 2018 geplant.

de.sputniknews.com: Putin: Explosion in St. Petersburg war Terroranschlag

Der russische Präsident Wladimir Putin hat die Explosion in einem St. Petersburger Supermarkt als einen Terroranschlag bezeichnet.

„Wie Sie wissen, wurde gestern in St. Petersburg eine terroristische Akt verübt“, sagte Putin beim Treffen mit den an der Militäroperation der russischen Luftstreitkräfte in Syrien beteiligten Offizieren in Moskau.

In einem St. Petersburger Supermarkt hatte sich am Mittwoch eine Explosion ereignet. Nach Angaben russischer Behörden wurden 13 Personen durch eine Nagelbombe dabei verletzt.

„Gestern habe ich dem Direktor des Föderalen Sicherheitsdienstes (FSB) die Anweisung gegeben, bei der Arbeit mit diesen Banditen, bei ihrer Festnahme natürlich im Rahmen des Gesetzes vorzugehen“, sagte Putin weiter. „Im Falle einer Lebens- oder Gesundheitsgefahr für unsere Offiziere aber entschlossen zu handeln, keinen gefangen zu nehmen und diese Banditen auf der Stelle niederzukämpfen.“

Im Internet ist inzwischen ein Video aufgetaucht, auf dem der mutmaßliche Täter zu sehen ist. Auf den Bildern einer Überwachungskamera aus dem Supermarkt ist ein Mann in einer Kapuzenjacke mit einem offenbar schweren Rucksack zu sehen, der das Geschäft anschließend ohne den Rucksack wieder verließ.

Das Nationale Antiterror-Komitee (NAK) übernahm die Ermittlungen.

Im April waren bei einem Bombenanschlag in der U-Bahn von St. Petersburg 16 Menschen ums Leben gekommen und dutzende weitere verletzt worden. Zu der Tat bekannte sich eine Gruppe aus dem Umfeld der Terrorgruppierung Al-Qaida.

<iframe width="660" height="371" src="https://www.youtube.com/embed/QAaq_oKTSxU" frameborder="0" gesture="media" allow="encrypted-media" allowfullscreen></iframe>
https://youtu.be/QAaq_oKTSxU

de.sputniknews.com: Syrische Kinder als Wechselmünze für Terroristen – Uno

Terroristen wollen laut dem UN-Koordinator für humanitäre Hilfe in Syrien, Jan Egeland, syrische Kinder gegen ihre Anhänger tauschen, wie der TV-Sender BBC berichtet.

Die Kämpfer der Terrorgruppierung Jaysh al-Islam, die von Regierungstruppen im Vorort von Damaskus Ost-Ghuta belagert werden, nutzen demnach die Kinder als eine Art Wechselmünze.

„Es gibt auch schlechte Verabredungen. Das ist ein schlechtes Abkommen, wenn sie (die Terroristen – Anm. d. Red.) kranke Kinder gegen ihre festgenommenen Anhänger tauschen. Das

heißt, dass die Kinder zur Wechselmünze geworden sind. Dies darf nicht passieren. Die Kinder haben ein Recht auf ihre Evakuierung, und wir sind verpflichtet, dies zu tun“, sagte Egeland.

Zuvor war mitgeteilt worden, dass am Dienstag insgesamt 29 Kinder aus Ost-Ghuta evakuiert worden seien. Später sollen weitere 16 Kinder evakuiert worden sein.

Facebook-Seite der Vertretung der DVR im GZKK: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 1.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen: Richtung Gorlowka automatische Granatwerfer – 1 mal (29 Granaten); leichte Schusswaffen – 1 mal.

Wir erinnern daran, dass ab 1:00 (Moskauer Zeit) am 23. Dezember, gemäß einer Vereinbarung der Kontaktgruppe über die Wiederaufnahme ihrer Verpflichtungen durch die Seiten im Vorfeld der Winterfeiertage ein Waffenstillstand in Kraft getreten ist.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgeschossenen Geschosse betrug 30. In den vorhergehenden 24 Stunden wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueinstellung festgestellt.

de.sputniknews.com: Was Tillerson über Beziehungen zum „wiederauflebenden“ Russland denkt

US-Außenminister Rex Tillerson hat zugegeben, dass die Beziehungen zwischen den USA und dem „wiederauflebenden“ Russland schlecht seien. Er vertritt zugleich die Meinung, dass die Zusammenarbeit zwischen Russland und den USA in Syrien gegenseitig vorteilhaft gewesen sei.

In seinem Beitrag in der „New York Times“ schreibt der US-Außenminister: „Wir hegen keine Illusionen hinsichtlich des Regimes in Russland, mit dem wir es zu tun haben. Die Beziehungen der USA zum wiederauflebenden Russland, das im zurückliegenden Jahrzehnt in die Nachbarländer Georgien und Ukraine eingedrungen war und die Souveränität der westlichen Länder durch seine Einmischung in die Wahlen in den USA und anderen Ländern untergraben hat, sind jetzt schlecht.“

Die Wiederherstellung der Beziehungen zwischen den USA und Russland sei ihm zufolge erst dann möglich, wenn die Situation in der Ukraine friedlich gelöst worden sei. Die Gewähr dafür sei die Erfüllung der Minsker Vereinbarungen durch Russland, unterstreicht Tillerson. Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hatte am 22. Dezember in einem Telefongespräch mit Tillerson diesem für die Fortsetzung der antirussischen Sanktionen gedankt.

Moskau hat indes wiederholt darauf verwiesen, dass Russland an den Ereignissen im Südosten der Ukraine nicht beteiligt sei und keine Seite des innerukrainischen Konflikts sei. Die russischen Behörden haben alle Anschuldigungen gegen Russland als haltlos zurückgewiesen.

Ukrinform.ua: Macron und Merkel begrüßen durch gemeinsame Erklärung Befreiung von Gefangenen

Die Einigung auf den Austausch von Kriegsgefangenen sei ein bedeutender Fortschritt bei der Umsetzung der Vereinbarungen von Minsk.

Gerade deshalb müssen sich die Parteien weiter bemühen, um den Austausch von allen Gefangenen, die noch verblieben sind, zu erleichtern, den Zugang des Internationalen

Komitees vom Roten Kreuz zu allen Gefangenen zu erlangen und die Suche nach vermissten Personen zu vereinfachen, entnimmt man der gemeinsamen Erklärung des Präsidenten von Frankreich, Emmanuel Macron, und der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

„Der französische Staatspräsident und die deutsche Bundeskanzlerin begrüßen die erreichte Einigung in der Trilateralen Kontaktgruppe über die Befreiung von 380 Gefangenen auf beiden Seiten der Kontaktlinie“, steht in der gemeinsamen Erklärung.

Macron und Merkel riefen auch dazu auf, dass die russischen Offiziere die Arbeit an dem Gemeinsamen Zentrum für Kontrolle und Koordination wiederaufnehmen, das „eine sehr wichtige Rolle bei der Unterstützung der OSZE-Beobachter und der Kontrolle die Waffenruhe spielt“.

de.sputniknews.com: Putin über Hauptbeitrag Russlands bei „Vernichtung verbrecherischer Kraft“ in Syrien

Russlands Präsident Wladimir Putin hat am Donnerstag Militärs für die Teilnahme am Syrien-Einsatz ausgezeichnet. Zudem bezifferte er Leistungen der russischen Armee im Kampf gegen die Terroristen.

„Die Armee und Flotte Russlands haben in vollem Maße ihre gestiegenen Möglichkeiten gezeigt, erfolgreich die modernste Bewaffnung und Technik eingesetzt“, so Putin.

„Die Flieger der Luft- und Weltraumstreitkräfte unternahmen 34.000 Kampf Flüge. Gegen Objekte wurden 166 Schläge mit Präzisionsraketen geführt“, sagte der Präsident.

Er betonte dabei, dass die syrische Armee mit Unterstützung der russischen Luftwaffe und Marine fast das ganze Land von den Terroristen befreit habe, mehr als 1000 Ortschaften.

Putin verwies darauf, dass die russischen Militärs ihre Aufgaben in Syrien erfüllt hätten und deren Einheiten zurück nach Russland verlegt worden seien.

„Innerhalb von mehr als 2,5 Jahren haben mehr als 48.000 Offiziere und Soldaten am Syrien-Einsatz teilgenommen. Das sind Vertreter fast aller Militärberufe: Flieger, Seeleute, Militärs von speziellen Abteilungen und der Militärpolizei, Minenräumer, Aufklärer, Nachrichtenspezialisten, Mediziner, Fachleute der Versorgungsabteilung, Offiziere von Verwaltungsbehörden und Militärberater.“

Jeder russische Soldat habe tapfer und entschlossen agiert.

„Die Erinnerungen an unsere Helden werden unsere Entschlossenheit im Kampf gegen den internationalen Terrorismus sowie andere Bedrohungen in unserem Land verstärkt. Russland hat, wie es bereits mehrmals in der Geschichte der Fall war, einen entscheidenden Beitrag zur Zerschlagung der verbrecherischen Kraft geleistet, die die ganze Zivilisation herausforderte“, sagte Putin weiter.

Die russischen Militärs spielten ihm zufolge die Hauptrolle bei „der Vernichtung der Terror-Armee, der barbarischen Diktatur, die Tod und Zerstörungen säte“. Die Terror-Bedrohung habe danach gestrebt, „Syrien in einen angrenzenden Brückenkopf für die globale Aggression zu verwandeln, deren Ziel unser Land war und ist.“

Zudem sagte Russlands Präsident, dass in Syrien zwei russische Stützpunkte weiter funktionieren würden: in Hmeimim und Tartus. „Das ist ein wichtiger Faktor bei der Verteidigung unserer nationalen Interessen, bei der Gewährleistung der Sicherheit Russlands in einer strategischen Schlüsselrichtung.“

Russlands Präsident Wladimir Putin hatte am 11. Dezember bei seinem Überraschungsbesuch auf dem Luftwaffenstützpunkt Hmeimim in Syrien angeordnet, den größten Teil des russischen Kontingents aus Syrien nach dem Sieg über die IS-Terroristen abzuziehen. Später erklärte auch US-Präsident Donald Trump, dass fast 100 Prozent der von den IS-Terroristen eroberten Territorien in Syrien und im Irak befreit seien, doch die US-Präsenz in diesen beiden Ländern werde aufrechterhalten bleiben.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31887/64/318876474.jpg>

nachmittags:

armiyadnr.su: Die ukrainische Seite unterlässt die Versuche, die Verteidiger der Republik zur Eröffnung des Feuers zu provozieren, nicht.

Eine **weitere Provokation findet derzeit im Gebiet von Marjinka und Krasnogorowka**, die sich auf zeitweilig von der Ukraine besetztem Territorium befinden, statt.

Über den Ortschaften fliegt in Verletzung der Minsker Vereinbarungen in 7-8 Kilometer Entfernung von der Abgrenzungslinie ein **Hubschrauber des Typs Mi-24 der ukrainischen Streitkräfte**.

Unsere Luftabwehrkräfte gehen derzeit trotz der Möglichkeit, dieses Ziel zu vernichten, auf die Provokation nicht ein.

Aber solche Aktivitäten der ukrainischen Seite führen nur zur Eskalation des Konflikts.

Wir lenken die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit darauf, dass im Fall, dass ein Luftfahrzeug versucht, die Grenze unserer Republik zu überqueren, dieses vernichtet werden wird.

de.sputniknews.com: Grenzkontrolle: Kiew will russische Finger überprüfen

An einzelnen Abschnitten der russisch-ukrainischen Grenze ist ab dem 27. Dezember eine biometrische Kontrolle für Bürger aus Russland eingeführt worden, teilte der Berater des ukrainischen Innenministers, Zorjan Shkirjak, mit.

Dabei gehe es um Orte einer möglichen illegalen Einreise. Dort sollen Fingerabdrücke mithilfe mobiler Kontrollgeräte überprüft werden. Ab Neujahr sollen alle russischen Bürger einer solchen Grenzkontrolle unterzogen werden.

Laut offiziellen Informationen aus Kiew wurden 157 ukrainische Grenzübergänge mit speziellen Kontrollsystemen ausgestattet. 126 davon seien an Interpol-Datenbanken angeschlossen worden.

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hatte noch im September dieses Jahres den Auftrag erteilt, neue Regeln für den Grenzübergang für Ausländer auszuarbeiten und

umzusetzen. Diese Maßnahme traf vor allem Bürger Russlands.

Ab dem 1. Januar werden russische Bürger unter anderem Anträge für die Einreise in die Ukraine über die Seite des ukrainischen Außenministeriums stellen müssen. Später ist auch die Einführung der Visapflicht möglich.

Wie der Polittechnologe Dmitri Melnikow gegenüber der russischen Online-Zeitung Gazeta.ru sagte, befürchtet Kiew im Vorfeld der Jahreswende „die Infiltration einer neuen Gruppe russischer Aktivisten, die aus der Sicht Kiews die Lage im Land hochschaukeln können“.

„Meiner Meinung nach sind diese Befürchtungen grundlos: Die prorussische Bewegung in der Ukraine ist entweder aus Angst vor realen Repressionen nach Russland ausgereist, oder befindet sich in Haft und wartet auf Entscheidungen des Gerichts“, so Melnikow.

Die Bedrohungen für Poroschenko gehen, so der Experte weiter, von seinen westlichen Partnern aus, die Protestaktionen finanzieren werden. Dies stehe aber in überhaupt keinem Zusammenhang mit der Einreise von „unerwünschten Bürgern aus Russland“.

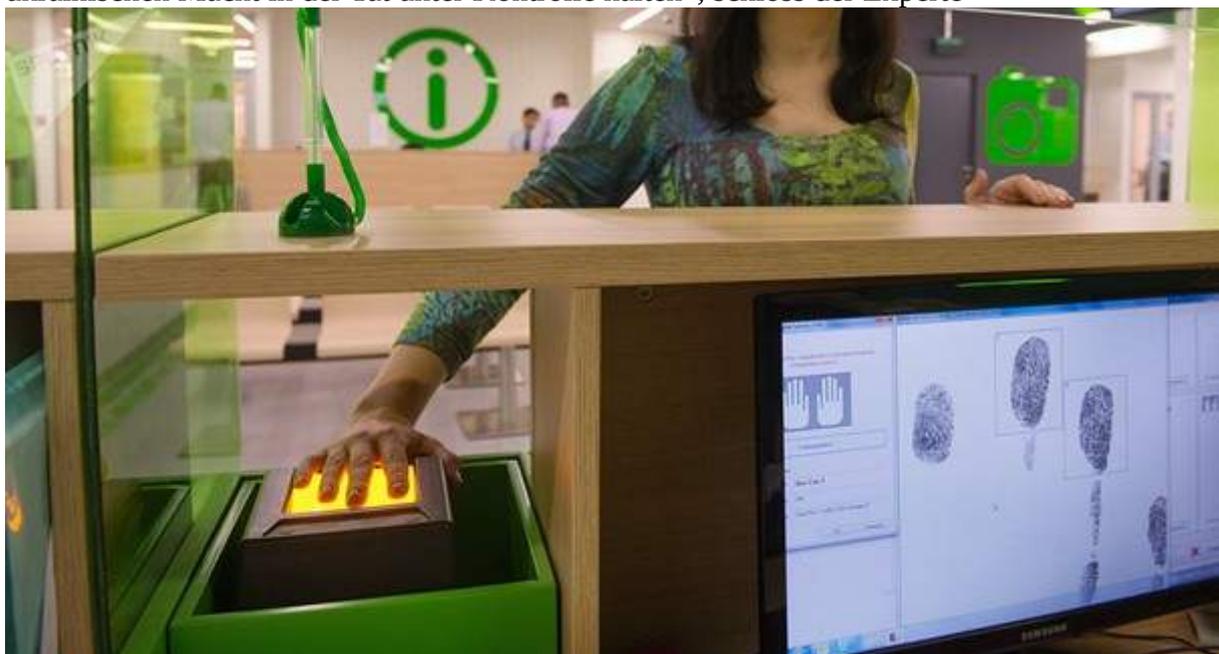
Was die neue biometrische Kontrolle betreffe, so Melnikow, so werde diese vor allem Probleme für einfache „Großväter und Großmütter bereiten, die an den Feiertagen zu ihren Enkelkindern reisen und in ohnehin kilometerlangen Warteschlangen an der Grenze werden stehen müssen“.

Zuvor verkündete der ukrainische Außenminister Pawel Klimkin die Einführung der Visapflicht mit Russland. Diese Äußerung könne dem Politiker jedoch seine Karriere kosten, erläuterte Wladimir Jewsejew, Vize-Chef des Instituts für GUS-Staaten, im Gespräch mit Gazeta.ru.

„Wahrscheinlich wird Russland als Gegenschritt ebenfalls Visa einführen und die Millionen ukrainischer Bürger, die jetzt in Russland leben, dort Geld verdienen und ihre Familien ernähren, könnten in eine schwierige Lage geraten.“

Viele müssten dann in die Ukraine zurückkehren, was zu einer gewaltigen Spannung im Land führen würde. „Deshalb sind das bislang bloß Informationsprovokationen. Es werden keine Visa eingeführt“, so Jewsejew.

Das Ziel solcher Erklärungen vonseiten Kiews sei dabei die Fortsetzung des Drucks auf Russland im Interesse der westlichen Gruppen und Kräfte, die „zurzeit diverse Zweige der ukrainischen Macht in der Tat unter Kontrolle halten“, schloss der Experte



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31887/79/318877911.jpg>

Lug-info.com: „An mich haben sich Vertreter der gesellschaftlichen Bewegung „Mir Luganschtschine“ gewandt mit der Bitte, die Einwohner unserer Bezirke, die direkt an der Kontaktlinie leben, zu unterstützen, weil es dort aufgrund der täglichen Beschüsse sehr schwer ist, Hilfe ist notwendig. Darum habe ich die Entscheidung unterstützt, einen Stab zu bilden. Als Leiterin des Stabs für Swetlana Janowna Aleschina ernannt“, berichtete das Oberhaupt der LVR Leonid Pasetschnik auf der ersten Sitzung des Stabs.

Zum Stab gehören Vertreter der gesetzgebenden und ausführenden Staatsorgane, Leiter von frontnahen Territorien, Abgeordnete des Volkssowjets, die für die genannten Bezirke zuständig sind, sowie Gewerkschaften.

„Die Zusammensetzung ist recht gut, der Stab kann die gestellten Aufgaben erledigen. Ich denke, die Sache ist eindeutig wichtig, weil unsere Bürger es dort tatsächlich sehr schwer haben, besonders die Kinder. Wir müssen ihnen helfen, weil das unsere direkte Verpflichtung ist“, unterstrich Pasetschnik...

Die Leiterin des Stabs Aleschina teilte mit, dass der Stab zunächst in vier Territorien arbeiten wird: Brjanka, Persomajsk, Slawjanowserbskij-Bezirk und Kirowsk.

Im weiteren wird die Arbeit auf das gesamte frontnahe Gebiet ausgeweitet.

de.sputniknews.com: Endlich Freiheit für die Gefangenen

Der seit fast anderthalb Jahren erste Gefangenenaustausch hat in der neutralen Zone nahe Gorlowka am Kontrollpunkt Majorskoje stattgefunden, schreibt die Zeitung „Rossijskaja Gaseta“ am Donnerstag.

Die Volksrepubliken Donezk und Lugansk übergaben der ukrainischen Seite 74 Gefangene – Militärs der ukrainischen Streitkräfte und Strafbataillone, darunter Personen, die wegen Kriegsverbrechen durch örtliche Gerichte verurteilt wurden. Kiew ließ 237 statt der vereinbarten 306 Personen frei, von denen ein bedeutender Teil keine Waffen in die Hände genommen und in der Ukraine wegen „Staatsverrats“ und „Separatismus“ festgenommen worden war. Damit setzten die ukrainischen Behörden teilweise einen der 13 Punkte des Maßnahmenkomplexes der Minsker Abkommen um. Allerdings wurde das Alle-gegen-Alle-Prinzip nicht umgesetzt.

Bereits am Mittwochmorgen wurde der Gefangenenaustausch von einer Person in Kiew infrage gestellt, die den Prozess der Friedensregelung gewährleisten sollte – Irina Geraschtschenko, Vertreterin der ukrainischen Seite in der trilateralen Kontaktgruppe, die wenige Stunden vor dem Austausch von der bereits abgestimmten Liste neun Personen strich – Russen und Staatsbürger anderer Staaten.

Die ukrainische Ombudsfrau Walerija Lutkowskaja erklärte eine Stunde vor Beginn des Austausches, dass 43 Personen auf der ukrainischen Seite offiziell ihre Strafe abgebußt hätten und freigelassen worden seien. Deswegen solle ihre Rückkehr nach einem anderen Verfahren erfolgen.

Im Unterschied zu den beiden Volksrepubliken, die Kiew wirkliche Kriegsgefangenen übergaben – Soldaten der ukrainischen Armee, Diversanten und Extremisten der Strafbataillone — handelt es sich bei den Personen, die von der ukrainischen Seite festgehalten werden, eher um „Geiseln“. Es handelt sich um Staatsbürger der Ukraine, die es wagten, offen gegen den Staatsstreich aufzutreten – mit Waffen in den Händen, in den Armeen der Republiken. Doch sie bilden nicht die Mehrheit in dieser Liste.

Die restlichen Gefangenen waren von den ukrainischen Sicherheitsdiensten in verschiedenen Orten der Ukraine wegen „kompromittierender Verbindungen“, Kritik am Präsidenten und der Regierung in Sozialen Netzwerken festgenommen worden. Dazu gehören auch einfache Bürger, die Verwandte hinter der Frontlinie zum falschen Zeitpunkt besuchten.

Poroschenko ging auf den seit Beginn des Konflikts größten Gefangenenaustausch unter dem Druck der internationalen Vermittler ein. Diese hatten zumindest irgendein Ergebnis der Umsetzung der Minsker Abkommen im Tausch gegen die Fortsetzung der Finanzierung des

„Kurses auf Integration“ gefordert. Zuvor hatte das Schicksal der eigenen Kriegsgefangenen die Kiewer Politiker kaum beunruhigt.

Andererseits gehört die wichtigste Rolle bei der Freilassung der Gefangenen dem Vertreter Kiews in Minsk, Viktor Medwedtschuk, der mit Unterstützung des Patriarchen Kirill zähe Verhandlungen mit der Kiewer Führung führte. Unter seiner Vermittlung wurde auch die rechtliche Formel des Austausches ausgearbeitet – gegenseitige Amnestie bzw. Begnadigung der Verurteilten.

Der nächste Gefangenenaustausch kann laut Medwedtschuk bereits im Januar stattfinden. Von der Ukraine werden mindestens 1000 ukrainische Oppositionelle, politische Gefangene und einfach wegen Anzeige von Nachbarn festgenommene Ukrainer festgehalten. Kiew spricht von mindestens 150 Gefangenen im Donbass. Dabei wollen viele der Letzteren tatsächlich nicht in die Ukraine zurückkehren, was sie bereits öffentlich sagten.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31887/91/318879147.jpg>

armiyadnr.su: Dringende Mitteilung des Kommandos der Streitkräfte der DVR
Der Gegner hat wieder den Waffenstillstand verletzt. Um 13:55 wurden von den Positionen der 30. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte elf Mörsergeschosse in Richtung **Trudowskije** abgeschossen. Den Befehl zur Eröffnung des Feuers gab der Kriegsverbrecher I.W. Garas.

Wir rufen die OSZE-Mission auf, diesen Fall von Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten des ukrainischen Militärkommandos festzuhalten und die ukrainische Seite an die übernommenen Verpflichtungen zu erinnern.

de.sputniknews.com: Estnische Präsidentin zieht samt Kanzlei in Russen-Enklave um
Die estnische Präsidentin Kersti Kaljulaid hat angekündigt, für einen Monat in die Stadt Narwa an der russischen Grenze umzuziehen. Obwohl das knapp 60.000 Einwohner zählende Narwa auf estnischem Boden liegt, gehören rund 96 Prozent der Bevölkerung der russischsprachigen Minderheit an. Viele von ihnen werden als „Nicht-Bürger“ diskriminiert. In einem Interview mit dem Sender ETV+ sagte Kaljulaid, sie würde samt Kanzlei nach Narwa umziehen, sobald dort das neue Theatergebäude Vaba Lava fertig gebaut sein werde. Die Bauarbeiten auf dem Gelände der ehemaligen sowjetischen Gerätefabrik Baltijez waren am 19. Dezember 2017 angelaufen. Das neue Theater soll am 17. November kommenden Jahres seine Pforte öffnen.

Mit dem Umzug wolle sie zeigen, „dass die estnische Gesellschaft in Narwa präsent ist und diese Stadt zu schätzen weiß“, sagte die estnische Präsidentin. „Ich liebe Narwa sehr. Der Vater meines Halbbruders ist dort aufgewachsen.“

Kaljulaid (47) ist seit Oktober 2016 estnische Staatspräsidentin. Ihr Interview soll am Samstag ausgestrahlt werden. Estnische Medien haben bereits Auszüge veröffentlicht.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion 1991 wurde in dem unabhängig gewordenen Estland hunderttausenden Menschen, überwiegend Russen, die Einbürgerung verweigert. Die Nicht-Bürger sind der wichtigsten Bürgerrechte beraubt. Für sie gelten zahlreiche diskriminierende Beschränkungen und Verbote. Im heutigen Estland leben etwa 1,3 Millionen Menschen. Rund ein Viertel sind ethnische Russen.

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR

Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat eine **Tendenz zur Stabilisierung**, in den letzten 24 Stunden wurde das Regime der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte **nicht verletzt**.

Unter Nutzung des „Neujahrswaffenstillstands“ konzentriert der Gegner weiter Kräfte und Mittel an der Kontaktlinie.

Es wurde festgestellt, dass im Gebiet von Troikoje zwei Züge sowie ein Lastwagen und ein Schützenpanzer eingetroffen sind, um Befestigungsarbeiten durchzuführen.

Ukrainische Soldaten führen auf dem von ihnen kontrollierten Territorium weiter **ungesetzliche Festnahmen von Zivilisten** durch.

In Rubeshnoje wurde ein 32 Jahre alter örtlicher Einwohner festgenommen, der sich geweigert hat, die auf Verlangen betrunkenen Soldaten der ukrainischen Streitkräfte die Hymne der Ukraine zu singen. Der Festgenommene befindet sich schon seit mehr als drei Tagen in U-Haft, Verwandte werden nicht zu ihm gelassen, dem Mann wird „Gefährdung der nationalen Sicherheit“ vorgeworfen.

Dies weist auf die totale Verfolgung der Einwohner des Lugansker Lands von Seiten der ukrainischen Behörden und auf einen Versuch, die örtliche Bevölkerung einzuschüchtern, hin. Wir erhalten weiter Telefonanrufe von Bürgern, die auf dem zeitweise besetzten Territorium des Lugansker Lands leben.

Nach den Worten örtlicher Einwohner haben am 26. Dezember betrunkene Soldaten der 2. Kompanie der 80. Luftsturmbrigade der ukrainischen Streitkräfte eigenmächtig ihre Positionen mit einem Schützenpanzer verlassen, sind mit der Lenkung nicht zurecht gekommen und haben den Zaun eines privaten Hauses in der Osennjaja-Strße zerstört.

de.sputniknews.com: Erster Durchbruch bei Transnistrien-Regelung

Die nicht anerkannte Republik Transnistrien kooperiert erfolgreich mit EU-Ländern und den USA, schreibt die Zeitung „Nesawissimaja Gaseta“ am Donnerstag.

Im November fand in Wien zum ersten Mal seit anderthalb Jahren ein Treffen der Verhandlungsgruppe zur Transnistrien-Regelung im 5+2-Format statt. Der amtierende OSZE-Vorsitzende Sebastian Kurz hob bei seinen Schlussfolgerungen zu den Gesprächen hervor, dass erstmals seit einem Jahrzehnt ein bedeutender Fortschritt bei den Verhandlungen zu sehen sei.

Das könne umfassende politische und wirtschaftliche Vorteile für die Republik Moldau und die Schwarzmeerregion im Ganzen bringen. OSZE-Generalsekretär Thomas Greminger schilderte seine Idee: „Positive Veränderungen, die den Fortschritt in Moldau widerspiegeln, sind für die OSZE und all ihre Mitgliedsstaaten wohltuend.“

Kurz vor den Verhandlungen in Österreich hatten der moldawische Vizepremier für Reintegration, George Belan, und der transnistrische Außenminister Vitali Ignatjew vier

Abkommen unterzeichnet, die dem Oberhaupt Transnistriens, Wadim Kranosselski, zufolge auf die Verbesserung des Lebens und das Wachstum des Vertrauens der Bevölkerung auf beiden Dnister-Ufern gerichtet sind.

Die Aufgaben, die von den Seiten gestellt wurden, betreffen die Deblockierung der Telefonverbindung zwischen Moldawien und Transnistrien, die Lösung der Probleme beim Gebrauch des lateinischen Alphabets in der nicht anerkannten Republik, die gegenseitige Anerkennung von Diplomen sowie den Zugang der moldawischen Landwirte zu Äckern im Gebiet Dubossarski in Transnistrien.

Die EU-Mission in Chisinau ist mit der Wiederaufnahme der Gespräche der sich gegenseitig bekämpfenden Seiten zufrieden. Zumal Brüssel viel dafür getan hat, damit Transnistrien nicht nur mit den moldawischen Behörden, sondern auch mit den Vertretern des Westens kommuniziert. Mit der Genehmigung der EU ist Transnistrien in der Freihandelszone der EU und Moldawiens aktiv. Zudem werden Transnistrien einige Vorzüge eingeräumt, wie beispielsweise zollfreier Handel mit der EU. Heute entfällt ein großer Teil des Transnistrien-Exports auf EU-Länder, die USA und Kanada.

Tiraspol will weiterhin die Beziehungen zu den Ländern des Westens entwickeln, ohne die Verbindung mit Russland zu verlieren. Zudem will Transnistrien unabhängig von den Beziehungen zwischen Kiew und Moskau gute nachbarschaftliche Verbindungen mit der Ukraine aufnehmen. Tiraspol will überleben, was unter Bedingungen der Blockade seitens der Ukraine und Moldawiens nur im Rahmen eines Kompromisses möglich ist.

Der Wunsch Tiraspols, Handels- und kulturelle Beziehungen zum Westen aufzunehmen, wurden von Brüssel und Berlin unterstützt. Bundeskanzlerin Angela Merkel unterstützte die Initiativen Tiraspols zur Entwicklung der Beziehungen der nicht anerkannten Republik zur EU – im Rahmen der Assoziierung Moldawiens mit der EU. Das kann als Durchbruch nicht nur in den Beziehungen zwischen Chisinau und Tiraspol, sondern auch zwischen Transnistrien und der EU betrachtet werden.

Dnr-online.ru: Heute begann in der Republik gemäß einem Erlass des Oberhauptes der DVR das Projekt „Autoapotheke“. Hauptaufgabe ist die Versorgung von Einwohnern von Dörfern in der Nähe der Abgrenzungslinie mit Medikamenten. Darüber berichtete der stellvertretende Direktor des Staatlichen Unternehmens „Republikanisches Handelshaus Medikamente des Donbass“ Wjatscheslaw Plotnikow.

„Unser Unternehmen gehört zum Gesundheitsministerium der DVR. Es wurden Mittel zugeteilt, es wurde ein beweglicher Apothekenpunkt beschafft und ausgerüstet. Hier gibt es dringend notwendige Medikamente: sowohl Verbandsmaterialien, Mittel gegen Erkältungen sowie Medikamente für chronische Erkrankungen“, sagte er.

Die Preise entsprechen den gesetzlichen Regelung der DVR.

„An uns haben sich Einwohner von frontnahen Dörfern gewandt, in denen es keine Apothekenkioske gibt. Dieses Problem existiert seit 2014. Bis Neujahr wird die Autoapotheke 7 Dörfer des Nowoasowskij-Bezirks besuchen. Zeitplan und Strecken sind schon festgelegt“, erklärte der stellvertretende Leiter der Verwaltung des Nowoasowskij-Bezirks Oleg Sidorenko.

Ein Problem mit der Lieferung von Medikamenten in Dörfer existierte immer, aber im Zusammenhang mit den Kämpfen hat sich die Situation verschärft.

„Dieses Projekt ist für die Einwohner abgelegener Dörfer sehr wichtig. Zum Beispiel leben im Dorf Schewtschenko 217 Menschen und in Kasazkoje etwa 700. Jetzt können die Menschen Medikamente kaufen“, fügte der Leiter der Ortsverwaltung von Kasazkoje Nikolaj Chartschenko hinzu.

Morgen wird die Autoapotheke die Einwohner von vier Dörfern des Nowoasowskij-Bezirks mit Medikamenten versorgen.

de.sputniknews.com: Litauen und Weißrussland am Rande eines „kalten Atomkriegs“

Die Beziehungen zwischen Litauen und Weißrussland zeigen, dass ein „Atomkrieg“ nicht nur ein militärischer Konflikt von zwei Atommächten mit apokalyptischen Aussichten ist, schreibt das Portal Lenta.ru.

Litauen verfügte in Ignalina einst über das einzige Kernkraftwerk im Baltikum. Nach dem Zerfall der Sowjetunion wurde Litauen zum 31. Staat der Welt, der Atomenergie nutzt. 1993 entfielen auf das AKW Ignalina fast 90 Prozent des gesamten Stroms im Land. Das Kernkraftwerk versorgte nicht nur Litauen, sondern auch Estland, Lettland, Weißrussland sowie Grenzgebiete Russlands.

Doch 2001 musste die litauische Regierung das AKW unter Druck der EU schließen, um ihr beitreten zu können. Diese Forderungen wurden von der EU mit Sicherheitsbefürchtungen erklärt – in der Nuklearanlage standen angeblich die Reaktoren desselben Typs wie beim AKW Tschernobyl. Nach der Schließung des AKW Ignalina 2009 musste Litauen Energie importieren. Darunter litt vor allem der einfache Verbraucher – allein in den ersten 2,5 Jahren ohne Kernkraftwerk wurde der Strom doppelt und das Heizen viermal so teuer.

Zudem gab es auch andere Probleme: die Stilllegung des AKW und die Gewährleistung einer sicheren Lagerung der abgearbeiteten Kernstoffe. Diese Arbeiten sollten von der EU übernommen werden. Doch nach dem angekündigten Austritt Großbritanniens aus der EU deutete Brüssel an, dass Litauen diese Kosten auch selbst übernehmen könnte.

Die Behörden der Republik kamen dann auf die ehrgeizige Idee, nahe der nordöstlichen Stadt Visaginas ein neues modernes AKW zu bauen. Damit könnten die Strom- und Heizkosten deutlich reduziert werden. Im Juni 2012 billigte das litauische Parlament ein entsprechendes Gesetz. Doch die Opposition setzte eine Volksabstimmung zu diesem Thema durch. Die Öffentlichkeit zeigte sich darüber besorgt, dass das neue AKW mit einem Reaktor desselben Typs wie beim AKW Fukushima ausgerüstet werden sollte. Beim Referendum am 14. Oktober 2012 stimmten 65 Prozent gegen das neue Projekt. Seitdem versuchten die litauischen Behörden mehrmals, das Projekt wiederzubeleben, allerdings ohne Erfolg. Inzwischen trat das benachbarte Weißrussland in das „nukleare Rennen“ ein. Minsk will das AKW Ostrowets bei Grodno an der Grenze zu Litauen errichten. 2011 unterzeichnete Weißrussland mit Russland einen Vertrag über die Zusammenarbeit zum Bau des AKW. Moskau gewährte Minsk einen Kredit in Höhe von zehn Milliarden Dollar. Die Energieblöcke wurden bei dem russischen Unternehmen Atommasch bestellt. Der erste Reaktorblock soll 2019 und der zweite im Jahr darauf in Betrieb genommen werden.

Doch Litauen erklärte dem AKW Ostrowets den Krieg. Vilnius nutzt jede Gelegenheit, um darauf hinzuweisen, dass das Objekt nicht den heutigen Sicherheitsanforderungen entspreche und das Unternehmen Atommasch, das in den 1990er Jahren in einer tiefen Krise steckte, keine zuverlässige Technik herstellen könne.

Neben dem Informationskampf wird auch zu anderen Methoden gegriffen. So verweigerte Vilnius Minsk die Nutzung seines Pumpspeicherkraftwerks Kruonis als Reservequelle der Energiekapazitäten. Der litauische Energieminister Rokas Masiulis schlug im Dezember 2015 den Baltikum-Ländern vor, ihre Steuersysteme zu ändern, damit der Stromimport aus Ostrowets ins Baltikum blockiert wird. Anfang 2016 wandte er sich an seine Kollegen aus Finnland und Polen mit der Bitte, keinen Strom bei Drittländern zu kaufen, die unsichere AKWs bauen.

Der Vorsitzende des litauischen Parlaments Viktoras Pranckietis bezeichnete das neue AKW in Weißrussland als „potentielle Bedrohung für ganz Europa“.

Inzwischen greift der weißrussische Staatschef Alexander Lukaschenko zum „Trollen“ der Nachbarn. „In Litauen wurde das AKW Ignalina geschlossen, wonach Tausende Menschen auf der Straße landeten“, so Lukaschenko. Minsk könne diesen hochqualifizierten Spezialisten Arbeitsplätze im weißrussischen AKW bieten.

Armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **einmal** das Regime der Feueereinstellung verletzt. Es wurde die Verwendung von automatischen Granatwerfern und Schusswaffen auf **Dolomitnoje** aus Richtung Nowoluganskoje festgestellt.

Der Gegner verstärkt unter Nutzung des Waffenstillstands weiter den vorderen Bereich in technischer Beziehung, führt eine aktive Rotation von Einheiten an der Front und die Auffüllung von Materialvorräten an der gesamten Frontlinie durch.

Außerdem unterlassen die ukrainischen Streitkräfte die Versuche nicht, die Verteidiger der Republik zur Eröffnung des Feuers zu provozieren.

Eine weitere Provokation fand heute im Gebiet von Marjinka und Krasnogorowka, die sich auf zeitweilig von der Ukraine besetztem Territorium befinden, statt.

Über den Ortschaften flog in Verletzung der 30km-Flugverbotszone, die von den Minsker Vereinbarungen festgelegt ist, in 7-8 Kilometer von der Abgrenzungslinie ein Hubschrauber Mi-24 der ukrainischen Streitkräfte.

Trotz der vollständigen Einhaltung des Waffenstillstands von Seiten der Streitkräfte der DVR werden von uns weiter Fälle von Verlusten unter den Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, die Aufgaben in der Zone der sogenannten „ATO“ erfüllen, festgestellt.

Nach Angaben unserer Aufklärung betrug allein in den fünf Tagen des „Neujahrswaffenstillstands“ die Verluste der Verbände und Truppenteile der ukrainischen Streitkräfte, die Positionen im Verantwortungsbereich der Streitkräfte der DVR einnehmen, vier Tote und elf Verletzte.

Ich wiederhole, dass die Streitkräfte der DVR in dieser Zeit nicht auf Provokationen eingegangen sind und das Feuer unter keinerlei Umständen auf den Gegner eröffnet haben. Davon ausgehend kann der Schluss gezogen werden, dass die täglichen Verluste, die vom Stab der sogenannten „ATO“ angegeben werden, tatsächlich nicht kampfbedingt sind.

Ich möchte anmerken, dass nach offiziellen Angaben des Stabs der sogenannten „ATO“ für denselben Zeitraum drei tote und neun verletzte Soldaten Soldaten der ukrainischen Streitkräfte angegeben werden. Wie wir sehen, verheimlichen die Kommandeure der ukrainischen Armee weiterhin ihre Verluste.

Die Versuche der ukrainischen Armee, ihr Gesicht durch zu niedrige Angaben bei Verlusten zu wahren, verbinden wir mit einem – mit der Vorbereitung zu einer weiteren teilweisen Mobilisierung in der Ukraine, deren Durchführung für Januar bis März 2018 geplant ist.

Nach unseren Informationen wird das kennzeichnende Merkmal dieser Welle die Geheimhaltung sein. Das heißt, die Einzuberufenen und zu Mobilisierenden werden unter dem Anschein einer Überprüfung der Erfassungslisten an Sammelpunkte bestellt. Und Männer unter 45 Jahren werden das Territorium der Ukraine ohne entsprechende Erlaubnis des Militärkommissariats und der Abteilung des Sicherheitsdienstes der Ukraine am angemeldeten Wohnort nicht verlassen können.

Die Massenmedien der Ukraine haben nun auf Anweisung der militärisch-politischen Führung begonnen, diese Information aktiv zu dementieren. Aber nach Informationen, die wir von unseren Quellen in den Militärkommissariaten der Ukraine erhalten haben, wird der Beginn des Jahres 2018 gerade durch eine Mobilisierung gekennzeichnet sein und dadurch, dass die Mobilisierten zur Ausbildung in Ausbildungstruppenteile und dann in die Zone der sogenannten „ATO“ geschickt werden.

Abends:

Dan-news.info: „Im Rahmen der Aktion „Päckchen für einen Soldaten“, das im Rahmen des Projekts „Helden“ stattfand, haben Einwohner der Republik etwa fünf Tonnen Geschenke für unsere Verteidiger übergeben“, sagte die Leiterin des zentralen Exekutivkomitees der gesellschaftlichen Bewegung „Donezeka Respublika“ Natalja Wolkowa.

Sie erläuterte, dass heute etwa 750 kg Geschenke für Soldaten der Einheit „Legion“ an die Front gebracht wurden. Darunter sind hausgemachte Süßigkeiten, Tee, Kaffee, gestrickte Sachen, Zeichnungen und Briefe von Kindern.

de.sputniknews.com: Gegenseitige Nichteinmischung: Russland macht USA ein Angebot
Das Außenministerium in Moskau hat Washington eine grobe Einmischung in den Präsidentschaftswahlkampf und die inneren Angelegenheiten Russlands vorgeworfen. Laut Sprecherin Maria Sacharowa ist dem US-Botschafter in Russland, Jon Huntsman, ein Dokument übergeben worden, das die gegenseitige Nichteinmischung Moskaus und Washingtons verankern soll.

Washington mische sich direkt in russische Angelegenheiten ein, indem es Moskau eine Druckausübung auf potentielle Präsidentschaftskandidaten vorwerfe, betonte Sacharowa am Donnerstag.

Dem US-Botschafter in Russland sei das Dokument noch vergangene Woche überreicht worden. Darin soll es um systematische und langjährige Versuche Washingtons gehen, die Entwicklungen in Russland in seinen Interessen zu beeinflussen.

„Darin wird erneut die Bereitschaft zum Austausch von Briefen und anderen Arten von Garantien für die gegenseitige Nichteinmischung in Wahlen und andere innenpolitische Prozesse bekräftigt“, so Sacharowa weiter. Nun liege es an der US-Seite, eine Entscheidung darüber zu treffen.

Zuvor hatte sich das US-Außenministerium besorgt über den Ausschluss des russischen Oppositionspolitikers Alexej Nawalny von der Präsidentschaftswahl 2018 geäußert. Grund für dessen Ausschluss ist seine frühere Verurteilung in einem Betrugsverfahren, die ihn als Kandidaten disqualifiziert.

Armiyadnr.su: Dringende Mitteilung des Kommandos der Streitkräfte der DVR
Die ukrainische Seite führt trotz der Vereinbarungen über eine Einhaltung des Regimes der Feueinstellung die Versuche, die Situation an den Gebieten der Kontaktlinie zu destabilisieren weiter und unterlässt diese nicht.

Um 17:40 hat der Gegner aus dem Gebiet von Werchnetorezkoje heraus einen zielgerichteten Beschuss mit Granatwerfern und Schusswaffen auf unserer Positionen im Gebiet von **Werchnetorezkoje** (nishneje) durchgeführt.

de.sputniknews.com: Krim: Poroschenkos Fabrik soll Abzug ukrainischer Marine behindert haben

Die Verwaltung des Ordschonikidse-Schiffbaubetriebes in Sewastopol (Krim) hat laut dem ehemaligen Vizeleiter der ukrainischen Präsidentialverwaltung Andrej Sentschenko im Jahr 2014 den Abzug ukrainischer Kampfschiffe behindert.

Ihm zufolge war die Werft damals im Besitz von Petro Poroschenko gewesen.

Wie Sentschenko ausführte, hatte es im Mai 2014 eine „total wilde Episode“ gegeben, als vier ukrainische Betriebe von der Stadtverwaltung Sewastopols gefordert hatten, ukrainische Schiffe nicht aus dem Hafen auslaufen zu lassen, solange sie nicht für Reparaturarbeiten bezahlten.

„Dabei waren die Schulden sehr gering. Je 300.000 bis 400.000 Griwna (ca. 9.000 bis 12.000 Euro)“, so Sentschenko.

Seiner Ansicht nach waren die Hauptkräfte der ukrainischen Kriegsmarine gerade aus diesem

Grund auf der Krim geblieben. Insgesamt seien 35 Schiffe, Motorboote und Kriegsschiffe von der Krim abgezogen worden.

Sentschenko hatte am Donnerstag vor dem Obolonski-Bezirksgericht in Kiew als Zeuge im Fall Viktor Janukowitsch ausgesagt. Im Frühjahr 2014 hatte Sentschenko seinen eigenen Worten zufolge an der Rückkehr der ukrainischen Kriegsschiffe nach dem Unabhängigkeitsreferendum auf der Krim gearbeitet.

Zu jenem Zeitpunkt hatten einige ukrainische Schiffe nach Vereinbarung mit der russischen Seite die Krim verlassen und wurden in der ukrainischen Schwarzmeer-Stadt Odessa stationiert. Im Jahr darauf hatten die russischen Behörden den Ordschonikidse-Schiffbaubetrieb verstaatlicht.

Nach dem Staatsstreich im Februar 2014 in Kiew war es auf der Krim und im Osten der Ukraine zu Massenprotesten gekommen. Die Behörden der Krim und von Sewastopol hatten am 16. März 2014 ein Referendum zur Frage der Wiedervereinigung mit Russland durchgeführt. Für den Russland-Beitritt stimmten 96,7 Prozent bzw. 95,6 Prozent der Bürger. Die Ukraine, die EU und die USA wollen die Resultate des Referendums nicht anerkennen. Moskau erklärte mehrmals, dass der Beitritt der Region zur Russischen Föderation in strikter Übereinstimmung mit völkerrechtlichen Normen erfolgt sei.